

A01: Antrag „Finanzierung nur für pflanzliche Lebensmittel“

Antragsstellende: Philipp Korth, Johanna Norcin, Dennis Börstel, Danny Schliemann, Max Radtke, Ella Grove, LAG Tierrechte Hamburg

Antragstext:

Die Bezirksversammlung Harburg möge beschließen:

1. Grundsatzbeschluss:

Der Bezirk Harburg finanziert für Parteiveranstaltungen, Treffen oder andere Zwecke ausschließlich die Kosten für pflanzliche Lebensmittel.

2. Information und Umsetzung:

- Alle Genoss*innen und Zuliefernde, die Lebensmittel für Veranstaltungen und Treffen bereitstellen, werden im Vorfeld über diese Regelung informiert.
- Es wird darauf hingewiesen, dass es um die Finanzierung geht. Selbstversorgung bleibt unberührt.
- Für die Umsetzung und den Einkauf von erschwinglichen und leicht verfügbaren pflanzlichen Lebensmitteln steht die LAG Tierrechte beratend zur Seite.

3. Zeitrahmen der Umsetzung:

Der Antrag tritt ab Bewilligung in Kraft. Bereits bestehende Verpflichtungen bleiben davon unberührt.

Antragsbegründung:

1. Soziale Gerechtigkeit und Arbeiter*innenrechte:

Die industrielle Tierhaltung in Deutschland ist eng mit der Ausbeutung von Arbeitskräften verbunden –insbesondere von migrantischen Arbeiter*innen, Kriegsflüchtlingen und Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen.

Die unmenschliche und traumatisierende Arbeit erhöht statistisch, dass Arbeiter*innen, die dieser Beschäftigung nachgehen, häufiger suchtkrank werden, gewaltbereit gegenüber ihren Familien und Mitmenschen auftreten, als auch suizidal werden.

In einer Studie aus dem Jahr 2009 in den USA wurde die Gewaltbereitschaft von Arbeiter*innen in Schlachthöfen untersucht: "Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Beschäftigung in Schlachthöfen im Vergleich zu anderen Branchen zu einem Anstieg der Gesamtfestnahmequote sowie der Festnahmen wegen Gewaltverbrechen, Vergewaltigung und anderer Sexualdelikte führt."

Bezahlung unter Mindestlohn, schlechte Arbeitsbedingungen und illegale Landnahmen im globalen Süden für Futtermittelanbau sind dabei systemisch verankert. Als sozialistische Partei stehen wir in der Tradition der Arbeiter*innenbewegung und dürfen keine Strukturen finanzieren, die diese Ungerechtigkeiten ausreizen. Wir fordern daher, Solidarität mit internationalen Arbeiter*innen konsequent zu leben und keine Strukturen zu finanzieren, die ihre Ausbeutung begünstigen.

Quellen:

- Tönnies wirbt Flüchtlinge aus der Ukraine an der Grenze ab:
<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/toennies-fluechtlinge-ukraine-101.html>
- Corona Ausbruch - Zustände bei Tönnies:
<https://www.n-tv.de/panorama/So-muessen-Toennies-Arbeiter-leben-article21899992.html>
- Slaughterhouses and Increased Crime Rates: An Empirical Analysis of the Spillover From "The Jungle" Into the Surrounding Community:
<https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/1086026609338164>

2. Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit:

Die Produktion tierischer Lebensmittel verursacht CO₂-Emissionen in kritischer Höhe, trägt zur Abholzung von Regenwäldern bei und verschwendet wertvolle Ressourcen wie Wasser und Anbauflächen für Futtermittel.

Die ursprüngliche Version des IPCC Berichts stellte fest, dass es notwendig ist, um die selbstgesteckten Klimaziele zu erreichen, auf eine pflanzenbasierte Ernährungsweise umzustellen.

Besonders gravierend ist, dass die Tierindustrie Haupttreiber des Artensterbens ist und dadurch verantwortlich, dass ein ökologischer Kipppunkt überschritten wird. Damit greift sie massiv in unser Ökosystem ein und gefährdet die Stabilität dessen.

Wir fordern daher, konsequent für eine klimagerechte Zukunft einzutreten und umweltfreundliche Strukturen aktiv zu fördern.

Quellen:

- <https://www.volksverpetzer.de/aktuelles/fleischlobby-manipuliert-klimabericht/>
- <https://gfi.europa.org/de/blog/ipcc-report-alternative-proteine-senken-emissionen/>
- <https://landwirtschaft.jetzt/de/klimawandel/>
- <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas>
- <https://www.mdr.de/wissen/umwelt-klima/milch-und-fleisch-emissionen-deutschland-klimakrise-100.html>
- <https://www.abenteuer-regenwald.de/bedrohungen/regenwald-schwerpunkte/fleisch-soja>

3. Tierrechte

Tierrechte sind für uns ein zutiefst linkes Anliegen, denn wer über Gerechtigkeit spricht, muss auch über die menschliche Perspektive hinaus mitdenken, mitfühlen und mitkämpfen.

Ob Fleisch-, Milch- oder Eierindustrie, alle drei basieren auf der Ausbeutung und Tötung von Tieren. Für Milch und Eier werden die weiblichen Tiere zusätzlich vor ihrer Tötung ihr Leben lang wegen ihren Reproduktionsorganen ausgebeutet.

Als Linke stellen wir uns gegen jede Form von Unterdrückung und Ausbeutung. Das Prinzip, zwischen einem „wir“ und „den anderen“ zu unterscheiden, um daraus das Recht auf Unterdrückung abzuleiten, ist generell falsch – egal ob diese willkürliche Trennlinie entlang von sozialen Konstrukten wie Gender oder Race, oder ob sie zwischen Spezies verläuft.

4. Kapitalismuskritik und Systemwandel:

Die industrielle Tierproduktion ist ein Paradebeispiel für die destruktiven Mechanismen des Kapitalismus: Maximierung von Profiten auf Kosten von Menschen, Tieren und Umwelt.

Während große Agrarkonzerne und die Tierindustrie von Subventionen profitieren, werden nachhaltigere Alternativen benachteiligt. Indem wir uns als Partei klar für pflanzliche und nachhaltige Produkte entscheiden, setzen wir ein Zeichen gegen diese kapitalistischen Strukturen. Wir fordern daher, uns aktiv gegen die profitorientierte Zerstörung der Umwelt und die Ausbeutung von Menschen und Tieren zu stellen. Im Sinne der Partei sollten wir eine gerechte, solidarische Alternative stärken.

5. Vorbildfunktion und Glaubwürdigkeit:

Als sozialistische, feministische und ökologische Partei sind wir in der Verantwortung, mit gutem Beispiel voranzugehen. Eine konsequente und solidarische Haltung in der Ernährungspolitik stärkt unsere Glaubwürdigkeit und bekämpft den Kapitalismus in seiner grausamsten Form.

Wir setzen damit ein klares Zeichen für eine nachhaltige, sozial- und klimagerechte Welt, die Ökosysteme schützt und Ausbeutung entgegenwirkt. Wir fordern daher, unsere Werte nicht nur zu vertreten, sondern auch konkret in unserem politischen Handeln umzusetzen.

Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag - für uns alle.

6. Konsistenz

Die Partei die Linke steht aktuell im Wandel. Seit dem letzten Bundestagswahlkampf ist die Partei deutlich jünger geworden. Besonders für jüngere Menschen ist ein ethischer Umgang mit Tieren sehr wichtig. Die Veranstaltungen von unserem Jugendverband [solid] sind bundesweit komplett pflanzlich. Auf Landesebene ist der Antrag schon umgesetzt. Eimsbüttel setzt den Antrag: "Finanzierung nur für pflanzliche Lebensmittel" schon durch und im Bezirk Mitte hat sogar der Bezirksvorstand den Antrag selbst eingebracht.

A01-Änderungsantrag 1

Antragsstellende: Nils Kellermann, Sinah Mielich, Florian Muhl, Sabine Derboven, Isabelle Derboven

Petition:

Ändere die Überschrift in:

Guter und vielfältiger Mampf, für guten und vielfältigen Kampf!

A01-Änderungsantrag 2

Antragsstellende: Nils Kellermann, Sinah Mielich, Florian Muhl, Sabine Derboven, Isabelle Derboven

Petition:

Ändere wie folgt:

Der Bezirk Harburg finanziert für Parteiveranstaltungen, Treffen oder andere Zwecke ausschließlich die Kosten für sozial verträgliche, ökologische, gesunde und vielfältige Essensangebote für pflanzliche Lebensmittel.

2. Information und Umsetzung:

Fleisch, vegane und vegetarische Essenoptionen - warm und/oder kalt - sollen eine ausgewogene Vielfalt konstituieren.

- Mit Allen Genoss*innen und Zuliefernden, die Lebensmittel für Veranstaltungen und Treffen bereitstellen, wird werden im Vorfeld über diese Regelung informiert besprochen.

Es wird darauf hingewiesen, dass es um die Finanzierung geht. Selbstversorgung bleibt unberührt. Für die Umsetzung und den Einkauf von erschwinglichen und leicht verfügbaren pflanzlichen Lebensmitteln steht die LAG Tierrechte beratend zur Seite.

3. Zeitrahmen der Umsetzung:

Der Antrag tritt ab Bewilligung in Kraft. Bereits bestehende Verpflichtungen bleiben davon unberührt.

Begründung:

Wie Chico Mendes (Mitglied der Kommunistische Partei von Brasilien und Kämpfer für die Rechte von ursprünglichen Völkern und Bewohner:innen des Amazonas) sagte „Klimaschutz ohne Klassenkampf ist Kleingartenpflege“.

Aktuell sind laut Oxfam die reichsten 10 % für über die Hälfte der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich, die Ärmsten 50 % tragen nur einen Bruchteil dazu bei.

Als sozialistische Partei besteht unsere Aufgabe in dem Kampf um ein nachhaltiges Mensch-Natur-Austauschverhältnis in der Minderung von sozialer Armut weltweit und speziell im globalen Süden.

Zentral ist dabei die Zerschlagung von Lebensmittel- Konzernen jeglicher Art und die Ermöglichung einer global geplanten Ernährungssouveränität, wodurch Hunger und Unterernährung beendet werden können.